

Niederschrift
über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am 29.05.2024

Tagungsort: Nowgorod-Raum, EG, Altes Rathaus
Beginn: 16:05 Uhr
Sitzungspause:
Ende: 17:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Katharina Kotulla
Herr Steve Kuhlmann
Herr André Langeworth

SPD

Frau Regine Weißenfeld
Frau Judith Wend

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Joachim Hood

FDP

Herr Jannis Kohlhase

Die Linke

Herr Dominik Goertz

Beratende Mitglieder

Frau Ulrike Bülter
Herr Christian Roebbers
Herr Linus Runge
Frau Katharina Tweeboom
Herr Andreas Wilke
Frau Dr. Asma Ait Allali
Herr Ingo Nürnberger
Herr Oliver Wittler

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Jochen Hanke

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Eike Bartheidel

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Gabriele Beckmann
Frau Julia Brinkmann
Frau Besiana Jakupi
Herr Tim Tiedemann

Vertreterinnen/Vertreter der Träger der freien Jugendhilfe

Frau Kirsten Hopster

Herr Ralf Müller
Herr Benjamin Varnholt

Verwaltung
Herr Hartmann

Schriftführung
Frau Annette Jankow

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Frau Weißenfeld begrüßt die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und Frau Katharina Kotulla als neues Mitglied für die CDU. Sie stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Zudem informiert die Vorsitzende darüber, dass in der heutigen Sitzung zwei neue Mitglieder anwesend seien. Es handelt sich um:

- Juliane Brinkmann (stellvertretendes beratendes Mitglied, Polizei)
- Katharina Tweeboom (beratendes Mitglied, Bielefelder Schulen)

Frau Weißenfeld bittet alle Anwesenden sich zu erheben und verpflichtet Frau Brinkmann und Frau Tweeboom mit nachfolgender Formel zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben:

„Ich verpflichte mich, meine Aufgaben als Mitglied des Jugendhilfeausschusses nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt zu erfüllen.“

Des Weiteren bittet Frau Wend auf Grund des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke um Erweiterung der Tagesordnung. Es ergeht folgender

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um TOP 8.1 „Verwendung der Mittel aus der Erbschaft Gerda Susanne Nehmert“ erweitert.

-einstimmig beschlossen-

Zu Punkt 1

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 36. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 10.04.2024

abgesetzt

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Fortführung des Projektes BEATZ4OWL (jetzt: BEATZ4B) im Jahr 2024**

Aus dem Gremium erfolgt die Nachfrage, ob das BAJ e.V. eine Weiterführung des Projektes BEATZ4OWL (jetzt BEATZ4B) beantragt habe. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger teilt mit, dass das Jobcenter eine Ausschreibung gestartet und das BAJ e.V. sich beworben habe.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.2 **Bezuschussung von praxisintegrierten Ausbildungsplätzen zu Kinderpfleger*innen der Kita-Träger**

Herr Beigeordneter Nürnberger möchte auf die Erfolgsmeldungen zur Besetzung der praxisintegrierten Ausbildungsplätze hinweisen. Es sei noch nicht gelungen die gesamten 50 zur Verfügung stehenden Plätze zu besetzen, z. Zt. seien 38 Ausbildungsplätze vergeben, womit ein guter Fortschritt erkennbar sei.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.3 **Kinder- und Jugendrat - aktueller Stand**

Herr Beigeordneter Nürnberger weist auf die sehr große Beteiligung durch die Kinder und Jugendlichen hin - es gebe 75 Bewerber*innen. Dies sei ein großer Erfolg sowohl für die Kinder und Jugendlichen als auch für die Organisatoren des Kinder- und Jugendrates.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.4 **Abfrage der Eigenanteile bei den Trägern der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen (LuF)**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.5 **Sondersitzung am 18.06.2024**

Auf Grund einer Vorlage des Amtes für Schule zum Thema OGS ist eine Sondersitzung am 18.06.2024 um 16:00 Uhr gemeinsam mit dem Schul- und Sportausschuss erforderlich.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Zu Punkt 2.6 Flyer zum Tag des Quartiers

Frau Weißenfeld weist auf die Tischvorlage vom Kommunalen Integrationszentrum zum „Tag des Quartiers“ am 31.05.2024 hin.

-.-.-

Zu Punkt 3 Anfragen

-Keine-

-.-.-

Zu Punkt 4 Anträge

-Keine-

-.-.-

Zu Punkt 5 Erst-, Umbau- oder Ersatzausstattung für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stadteleinrichtungen und Stadtteilzentren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8005/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Für das Jahr 2024 werden aus dem Budget des Amtes für Jugend und Familie – Jugendamt – weitere Zuschüsse für Beschaffungen im Rahmen der Erst-, Umbau- oder Ersatzausstattungen für Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, Stadteleinrichtungen und Stadtteilzentren in Höhe von insgesamt 45.435 € gewährt:

1. Für die Anschaffung von Ausstattungsgenständen für das Jugendzentrum Kamp erhält der Verein zur Förderung der Jugendarbeit (die Falken) einen Betrag von 16.900 €.
2. Für Anschaffungen und Maßnahmen auf dem Abenteuerspielplatz Sudbrack/Alte Ziegelei erhält der Verein Spielen mit Kindern e.V. einen Betrag von 8.535 €.
3. Für die Renovierung der Küchenräumlichkeiten und die Ausstattung mit einer neuen Küche erhält der Verein IBZ Friedenshaus e.V. einen Betrag von 20.000 €.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Weitere Umsetzung der Reform des Vormundschaftsrechts: Übernahme von Vormundschaften und Pflegschaften durch ehrenamtlich tätige Personen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7971/2020-2025

Aus dem Gremium kommt die Frage, ob es genügend Ehrenamtliche geben kann und ob es Erfahrungen aus anderen Städten gibt.

Herr Hartmann vom Jugendamt berichtet, dass er der Presse entnommen habe, dass Großstädte wie Berlin und Hamburg 2015/2016 großen Erfolg bei der Gewinnung ehrenamtlicher Personen für Vormundschaften hinsichtlich minderjährige unbegleitete Ausländerinnen und Ausländer hatten. Aktuell sind die Zahlen der Ehrenamtlichen rückläufig, obwohl die Einreisen der minderjährigen unbegleiteten Ausländerinnen und Ausländer wieder zunehmen, sodass auch die Großstädte in Schwierigkeiten geraten.

Für Bielefeld hofft Herr Hartmann, dass viele Ehrenamtliche einen Zugang finden werden, da es sich um etwas ganz Neues handelt. Das Thema werde bislang nicht so breit in die Öffentlichkeit gestreut, man schaue in einem Interessenbekundungsverfahren und führe erste Gespräche mit Interessierten.

Nun bleibe abzuwarten, wie das Verfahren anlaufe und welche Erfahrungen gemacht werden.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 7

Weiterführung des Integrationsbudgets – Verwendung der zusätzlichen 3 Mio. Euro sowie von Restmitteln

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7637/2020-2025

Herr Müller weist für den Bielefelder Jugendring e. V. darauf hin, dass er wegen Befangenheit nicht an der Beratung und Abstimmung teilnehme.

Frau Weißenfeld weist darauf hin, dass der Integrationsrat noch kein Votum abgegeben habe und dass der Jugendhilfeausschuss für die Punkte 11, 12 und 13 zuständig sei.

Herr Kuhlmann teilt mit, dass es bereits Diskussionen gegeben habe und die grundsätzliche Bereitschaft der Zustimmung gegeben sei. Es gehe darum, ob die richtige Ausrichtung bzw. Weichenstellung gegeben sei. Die CDU hätte sich eine stärkere Akzentuierung auf den Bereich der beruflichen Integration insgesamt gewünscht, da dies der wichtigste Schritt für die Integration/Teilhabe sei. Mittlerweise gebe es den „Job-Turbo“, der Bericht dazu sei in einer der vorherigen Sitzung hier im Ausschuss erfolgt. Die Stadt hätte das mehr unterstützen können.

Positiv sei, dass die Sprachförderung angesprochen worden sei, weil sie natürlich elementar sei. Hier müsse man sehen, inwieweit die Sprachför-

derung und die Arbeitsmarktintegration stärker zusammengeführt werden könnten. D. h., dass nicht ein Sprachförderkurs auf den nächsten folge, denn die Arbeitsmarktintegration werde immer schwieriger je länger der Mensch nicht im Arbeitsleben stehe. Arbeit sei mehr als Einkommenszielung. Arbeit gebe den Menschen einen Wert an sich, einen strukturierten Tagesablauf und das Wissen, wichtiger Teil der Gesellschaft zu sein.

Bei den Maßnahmen sei Herrn Kuhlmann konkret der Punkt 11 aufgefallen. Der Bielefelder Jugendring e. V. soll gezielt Angebote für Vereine im Bereich Migrations-/Fluchtgeschichte unterbreiten. Das sei aus Sicht von Herrn Kuhlmann sicherlich richtig, aber nicht ausreichend.

Es solle mit Blick auf die Stadtgesellschaft Bielefeld geschaut werden, wo Teilhabe und Integration noch gestärkt werden könnten. Z.B. bei den „Blaulichtbereichen“ der Hilfsorganisation wie die Feuerwehr sei die Zahl engagierter Menschen mit Migrationshintergrund gering; gleichzeitig werde der enorme Nachwuchsmangel beklagt.

Im Sportbereich gebe es ebenfalls noch unterdurchschnittlich wenige Menschen mit Migrationshintergrund. Alle seien aufgefordert, gemeinsam Wege der Integration zu finden.

Herr Hood findet den Ansatz des Bielefelder Jugendrings positiv, natürlich sei die Integration auch in den anderen Bereich unerlässlich. Es sei wichtig mit den Trägern in einer strukturierten Form zusammen zu arbeiten um die Integration weiterhin zu fördern, dies wird mit dieser Vorlage angestoßen.

Herr Hood erkundigt sich, ob es im Integrationsrat Fragen zu dieser Vorlage gegen habe. Erster Beigeordneter Herr Nürnberger bestätigt das und verliest Frage und Antwort. Der Fragen- und Antwortkatalog aus dem Integrationsrat ist dieser Niederschrift beigelegt.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

1. Vorbehaltlich der Zustimmung des Integrationsrates werden aus den zur Verfügung stehenden Mitteln des Integrationsbudgets in den Jahren 2024 bis 2026 die in der Anlage 1 dargestellten Maßnahmen und Angebote mit den laufenden Nummern 11, 12 und 13 finanziert.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, regelmäßig über die wesentlichen Entwicklungen in den finanzierten Maßnahmen zu berichten.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8

Verwendung der Mittel aus der Erbschaft der Frau Gerda Susanne Nehmert

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7737/2020-2025

Die Behandlung erfolgt unter TOP 8.1.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 8.1 Änderungsantrag zu TOP 8 - Verwendung der Mittel aus der Erbschaft Nehmert

Beratungsgrundlage:

Drucksachen-Nr. 8204/2020-2025

Frau Wend bedankt sich für den sehr guten Vorschlag der Verwaltung über die Verwendung der Erbschaft von Frau Nehmert, bringt aber einen gemeinsamen Änderungsantrag der CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Bündnis 90/Grünen und der Fraktion Die Linke ein, der wie folgt begründet wird:

Eigensinn e.V. leiste sehr gute Arbeit, daher soll der Vorschlag der Verwaltung unverändert bleiben.

Als zusätzliche Maßnahme sollen ca. 78.870 € zur Förderung der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt der Psychologischen Beratungsstelle e. V. in den Jahren 2025 und 2026 eingesetzt werden. Die bisherige Finanzierung der seit 2019 bestehenden Stelle sei aktuell weggebrochen.

Der flächendeckende Lotsendienst sei eine sehr gute Maßnahme sowohl für die Frauen als auch für die Kinder die für einen Finanzierungszeitraum von 5 – 6 Jahren initiiert werden soll.

Hier wäre ein verkürzter Zeitraum auf 3 – 4 Jahre wünschenswert, damit die o. g. Interventionsstelle gefördert werden könne.

Herr Kohlhase von der FDP bedauert, dass der gemeinsame Antrag der Politik ohne die Beteiligung der FDP erfolgt sei, da diese den Antrag sehr gut findet.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

1. Insgesamt 33.000 € der Mittel aus der Erbschaft der Frau Gerda Susanne Nehmert werden zur Förderung des Vereins EigenSinn e.V. in den Jahren 2024 und 2025 eingesetzt.
2. Insgesamt 78.870 € der Mittel aus der Erbschaft der Frau Gerda Susanne Nehmert werden zur Förderung der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt der Psychologischen Frauenberatung e.V. in den Jahren 2025 und 2026 eingesetzt.
3. Die restlichen Mittel aus der Erbschaft der Frau Gerda Susanne Nehmert werden eingesetzt, um für einen Zeitraum von ca. vier bis fünf Jahren einen flächendeckenden Lotsendienst in den Bielefelder Geburtskliniken sowie den Ausbau der Baby- und Kleinkindersprechstunden zu ermöglichen und zu finanzieren.

-einstimmig beschlossen-

-.-.-

Zu Punkt 9 **Gründung eines Bielefelder Haus des Jugendrechts**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8056/2020-2025

Es erfolgt ein reger Austausch im Gremium. Einhellig wird die Gründung eines Bielefelder Haus des Jugendrechts als ein erfreuliches und gutes Projekt angesehen. Die räumliche Zusammenlegung sorgt für eine bessere Vernetzung und Steigerung der effektiven Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und Staatsanwaltschaft. Das lasse hoffen, dass Bielefeld proaktiv auf die ansteigenden kriminellen Delikte der jungen Menschen reagieren kann.

Einerseits wird im Gremium der Standort am Boulevard positiv als „mitten im Geschehen“ und sehr zentral gelegen, angesehen. Andererseits könnte man die These aufstellen, dass „Feiern“ und „Behörde“ sich widersprechen.

Damit das Jugendamt auch (als) Jugendamt (sichtbar) bleibe, gebe es eine ganz klare räumliche Trennung innerhalb des Hauses, die verschiedenen Behörden befinden sich auf unterschiedlichen Etagen.

Sodann ergeht folgender

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss unterstützt die weiteren Planungen zum Bielefelder Haus des Jugendrechts.
2. Die Verwaltung wird gebeten, drei Monate nach Start des Haus des Jugendrechts einen ersten Erfahrungsbericht zu geben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 **Ausbildungsreport Bielefeld - Klimaberufe im Fokus**

Herr Wittler von der REGE mbH stellt den 2. Bielefelder Ausbildungsreport vor, welcher den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses im Vorfeld bereits zur Verfügung gestellt worden sei.

-.-.-

Zu Punkt 11 **Neufassung der Benutzungsordnung für Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Stadt Bielefeld**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8006/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt, dass der Rat der Stadt Bielefeld die beigefügte Neufassung der Benutzungsordnung für Kindertageseinrichtungen in Trägerschaft der Stadt Bielefeld mit Wirkung ab 01.08.2024 beschließt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 12

Zweckbindungen für Kita-Plätze im Rahmen der U3-Investitionsprogramme

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 8052/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Plätze in Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen von Investitionsprogrammen für Kinder unter drei Jahren seit 2008 gefördert wurden, sind vorrangig mit Kindern zu belegen, die das dritte Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Die Verwaltung wird ermächtigt, für das Kindergartenjahr 2024/2025 im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung begründete Einzelfallregelungen gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 Kinderbildungsgesetz zu den vorstehend genannten Plätzen zu treffen, wonach ein investiv geförderter Betreuungsplatz für ein Kind unter drei Jahren mit einem Kind im Alter ab drei Jahren belegt werden darf.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Pilotprojekt zur infrastrukturellen Unterstützung von drei Betreuungsangeboten des Offenen Ganztags

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7987/2020-2025

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Zu Punkt 14

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Frau Bülter teilt die bisherigen Themen für die nächste Sitzung wie folgt mit:

- Weiterentwicklung der Kulturstadt Bielefeld - Kulturentwicklung Biele-

- feld "Freiräume für neue Ideen" (Dez. 2)
- Bielefelder Leitbild einer zukunftsgerechten Stadtentwicklung (600)
 - Bedarfsgerechte Versorgung mit regelhafter Schulsozialarbeit (400)
 - Sachstand Leitlinien NRW zum OGS-Rechtsanspruch (400)
 - LuF – Tariftreue und Auswirkungen (540)
 - Haushalt 2025/2026 – 1. Lesung (510.1)
 - Satzung Verpflegungsentgelte Kitas (510.5)
 - Partizipation Offene Kinder- und Jugendarbeit

Frau Weißenfeld schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

R. Weißenfeld
(Vorsitzende)

A. Jankow